Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr. monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 389. Abendblatt. Donnerstag, den 23. August. 1866.

Deutschland.

Berlin, 23. August. Der König nahm gestern Vormittags die Vorträge des Hofmarschalls Grafen Perponcher, des Geheimen Kabinetsrathes v. Mühler, des Geh. Hofrathes Borck entgegen und hielt darauf im Beisein des Kriegsministers v. Roon und des Chefs des Generalstabes der Armee, v. Moltke, eine Militär-Konferenz ab. Hierauf hatten die Ehre des Empfanges der badische Staatsrath, Professor Gelzer, vor seiner Abreise nach Karlsruhe, der aus Mainz hier eingetroffene kurhessische Oberstlieutenant v. Bischoffsheimer und der Graf v. Maltzahn-Vollrathsruhe. Nach einer Konferenz mit dem Geheimenrath v. Savigny machte der König der Prinzessin Luise von Preußen, Landgräfin Alexis von Hessen, im Schlosse von Monbijou einen Besuch und arbeitete dann mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck.

— Der Kronprinz ist gestern früh vom Schlosse Erdmannsdorf nach Berlin zurückgekehrt.

— Der Handelsminister Graf Itzenplitz, welcher am Dienstag Abend in Begleitung des Geheimrathes Mac-Lean und des Oberbaurathes Koch aus Schlesien nach Berlin zurückgekehrt ist, begab sich gestern zum Vortrage in das Königliche Palais.

— In der Königlichen Münze werden gegenwärtig sogenannte Sieges-Thaler geprägt. Auf denselben erscheint das Bildniß des Königs mit einem Lorbeerkranze geschmückt.

— Gegenwärtig befindet sich bereits eine größere Zahl Offiziere von den Armeen in Böhmen, Baiern und Sachsen auf Urlaub hier.

— Nach dem „N. E. Anz." ist ein katholischer Geistlicher aus der nächsten Umgebung von Marienburg des Hochverrathes angeklagt. Derselbe soll eingezogenen Wehrmännern gesagt haben, sie möchten, wenn sie mit den Oesterreichern zusammenkommen, die Gewehre wegwerfen und zu den Oesterreichern übergehen. Ein Audienztermin soll bereits anberaumt sein.

— Gestern Mittag fand die Verladung zweier aus Spandau nach Geestemünde bestimmter 75pfündiger Hinterladungsgeschütze auf dem Potsdamer Bahnhofe statt und versammelte daselbst eine große Zuschauermenge. Die Größe dieser broncenen Kanonen war derartig, daß die Länge der Röhre im Ganzen 10 Fuß betrug. Das Gewicht der Röhre war mit 14,000 Pfd. bezeichnet.

— Der König besichtigte, wie schon mitgetheilt, am Dienstag Nachmittag auch das Privat-Lazareth des Frauen-Vereins in der Köpnickerstraße und richtete an die Verwundeten herzliche Worte der Theilnahme und des Trostes. Ein Soldat vom 61. Infanterie-Regiment, dem der linke Arm amputirt worden ist, sprach hierbei seine Freude darüber aus, gerade an seinem 24. Geburtstage den König bei sich zu sehen und bemerkte, daß er diesen Geburtstag nimmer ve gessen werde. Ich aber auch nicht, sagte der König mit einem kräftigen Händedruck, und machte dann weiter die Runde. Am Ausgange des Lazarethes erklärte der König dem Flügel-Adjutanten Oberstlieutenant Graf Kanitz: „Ich muß das Geburtstagskind noch einmal sehen," kehrte zu dessen Lager zurück und wiederholte die Zusage, den Geburtstag nicht vergessen zu wollen. Am Abend erschien ein Leibjäger in dem Lazarethe und überbrachte dem Soldaten im Auftrage des Königs als Geburtstagsgeschenk eine werthvolle Uhr nebst Kette.

— Der „Rh. Z." wird von Berlin telegraphirt: Preußen hat den bisherigen Zollverbündeten erklärt, obgleich der Krieg die Zollvereinsverträge zerrissen habe, gestatte es, die Gegenseitigkeit vorausgesetzt, doch eine faktische Fortdauer des Vertrags mit sechsmonatlicher Kündigung.

— Wie die „Bk.- u. H.-Z." vernimmt, ist dem großherzoglich mecklenburgischen Minister, Herrn v. Oertzen, hier die Eröffnung gemacht worden, daß Mecklenburg in seiner handelspolitischen Abgeschlossenheit unmöglich ferner verharren könne und Anstalten getroffen werden müßten, um den Anschluß an das Verkehrssystem des künftigen norddeutschen Bundes nicht zu lange hinauszuschieben. Da das mit Hülfe der gegenwärtigen ständischen Einrichtungen der Großherzogthümer schwerlich zu erreichen sein dürfte, so wird denn auch wohl bald auf eine gründliche Umgestaltung der mecklenburgischen Verfassungseinrichtungen Bedacht genommen werden müssen.

— Gestern Abend 6 Uhr fand die erste Sitzung der Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorberathung des Gesetzentwurfes, betreffend die Vereinigung des Königreichs Hannovers ꝛc. mit der preußischen Monarchie statt.

— In Frankfurt a. M. wurde folgende Proklamation veröffentlicht: Nachdem mir von Sr. Majestät dem Könige von Preußen am 11. d. Mts. die obere Leitung der Civilverwaltung in den von den preußischen Truppen besetzten Territorien Nassau, Oberhessen, Frankfurt und Franken unter der Autorität des Ober-Kommando's der Main-Armee übertragen worden ist, habe ich meine Wirksamkeit mit dem heutigen Tage begonnen. Ich bringe Vertrauen und guten Willen mit. Möge mit gutem Willen und Vertrauen mir von allen Seiten entgegengekommen werden! Den Behörden und Bewohnern der gedachten Territorien gegenüber tritt in der Stellung und in den Verhältnissen der bereits ernannten Herren Civil-Commissarien keine Veränderung ein. Frankfurt, a. M., den 19. August 1866. Der Civil-Gouvernenr: Frhr. v. Patow.

— Gestern Vormittag 10 Uhr fand die zweite Sitzung der Kommission des Abgeordnetenhauses für die Feststellung des Wahlgesetzes für den Reichstag des norddeutschen Bundes statt. Die Staatsregiernng war vertreten durch den Geh. Legationsrath Hepke und den Abgeordneten Grafen Eulenburg, Hülfsarbeiter im Ministerium des Innern. Bevor in die Spezialdiskussion eingetreten wurde, schlug der Referent Abg. Twesten vor, einen besonderen Paragraphen hinzuzufügen, durch welchen der zu berufenden Versammlung das Recht, sich selbst zu konstituiren, sich eine Geschäfts-Ordnung zu geben und die Wahlen der Mitglieder zu prüfen, eingeräumt würde. Außerdem beantragte er, durch einen anderen hinzuzufügenden Paragraphen den Abgeordneten des Reichstages dieselbe Rechtssicherheit für die Ausübung ihrer Pflichten zu geben, welche nach der preußischen Verfassung die Mitglieder des Landtages genießen, also die gesetzliche Gewährleistung der Redefreiheit. — Abg. Lette schlug vor, die Paragraphen des preußischen Strafgesetzes, in welchen Strafen für Wahlfälschung, Bestechung ꝛc. angedroht sind, in das vorliegende Gesetz an derjenigen Stelle aufzunehmen, an welcher diese Strafbestimmungen im Reichswahlgesetz sich befinden. Er legte außerdem einen Plan für Bildung der Wahlbezirke vor. Abg. Löwe wünschte, daß man, dem Beispiele der Regierung folgend, sich aller Aenderungen an dem vorliegenden Gesetze, die nicht absolut geboten wären, enthalten möchte, weil man sich damit von dem in den anderen Bundesstaaten geltenden Gesetze entfernen würde. Eine solche Aenderung wäre aber der vom Referenten über die Redefreiheit beantragte Zusatz; die betreffende Bestimmung sei allerdings in der Reichsverfassung enthalten, die Kommission habe aber hier nur das Wahlgesetz ohne die Verfassung zu berathen. Abgeordneter Löwe bemerkte ferner, daß das ursprüngliche Reichswahlgesetz einen Anhang in Betreff der Diäten enthalte, und stellte an den Regierungs-Kommissar die Anfrage, ob die Regierung sich mit einer solchen Bestimmung beschäftigt habe. Im Prinzip sei er dafür, wenn er auch für eine Versammlung ad hoc kein besonderes Gewicht darauf lege. Der Regierungs-Kommissar erklärte, daß die Regierung weitere Bestimmungen in das Gesetz nicht aufnehmen könne, weil sie mit den anderen Regierungen den Vertrag geschlossen habe, das Reichswahlgesetz zu Grunde zu legen. Gegen diese Beschränkung für die Abfassung des Gesetzes erklärten sich die Abgeordneten John (Labiau) und Frech. Der Regierungs-Kommissar erklärte hierauf, daß er damit nur den Standpunkt habe andeuten wollen, von dem aus die Regierung die Redaktion dieser Vorlage besorgt habe. Abg. Paur verlangte, daß hinzugefügt werden solle, daß die Reichsverfassung den Berathungen der Versammlung zu Grunde gelegt werde. — Als Ueberschrift wünscht er: „Wahlgesetz zu dem für die Revision der deutschen Reichsverfassung berufenen Reichstag des norddeutschen Bundes!" Bei der Spezial-Diskussion stellte der Abg. Lette zu §. 1 des Entwurfs das Amendement, statt: „Wähler ist jeder unbescholtene Preuße" zu sagen: „Wähler ist jeder unbescholtene Deutsche". Abg. Löwe stimmte im Prinzip zu, schlug aber eine korrektere Fassung vor, nämlich statt „Preuße resp. Deutscher" zu sagen: „jeder Staatsbürger eines der zum Bunde zusammentretenden Staaten." In demselben Sinne stellte der Abg. Groote ein Amendement. Der Regierungs-Kommissar und der Abg. Reichensperger erklärten sich dagegen. Der §. 1 wurde darauf mit dem Amendement Löwe angenommen; die §§. 2 und 3 des Entwurfs wurden unverändert angenommen. Ebenso wurde §. 4 mit einem Amendement, das mit dem zum §. 1 gestellten gleichlautend ist und die passive Wählbarkeit in derselben Weise ausdehnt, wie dort die aktive, angenommen. Um 2 Uhr wurde die Sitzung auf Montag vertagt.

— Die Budgetkommission setzte am Dienstag Abend 6 Uhr ihre zur Mittagsstunde unterbrochene Berathung der Indemnitäts- und Kreditvorlage in Gegenwart des Finanzministers v. d. Heydt und der Geh. Räthe Mölle und Wollny fort, indem sie in die Specialdiscussion über die Regierungsvorlage eintrat. Referent Abgeordneter Twesten führte in Bezug auf Art. 1 aus, daß die Ertheilung der Indemnität rechtlich wie politisch richtig sei; das Abgeordnetenhaus hätte die erhöhten Ausgaben für die Armee schon im vorigen Jahre bewilligt, wenn damals gesagt worden wäre, daß ein so gewaltiger Krieg in Aussicht stände. Abgeordneter Reichenstein hielt die Vorlegung der im Art. 1, wie er von dem Referenten amendirt worden ist, verlangten Uebersicht der Staats-Einnahmen und Ausgaben in den Jahren 1862—65 für nothwendig, damit die Ertheilung der Indemnität sich auf eine prüfbare und übersehbare Grundlage stütze. Finanzminister v. d. Heydt erklärte sich mit dem Amendement des Referenten, was wir in seinem Wortlaut mitgetheilt haben, einverstanden und auch bereit, die Vorlagen zu machen, welche der Abgeordnete Krieger (Berlin) entweder in Form von Uebersichten für die Mitglieder der Budget-Kommission, oder durch Gewährung der Einsicht in die Akten für eine besondere Kommission von 3—5 Mitgliedern verlangte. Auf die Bemerkung des Abgeordneten v. Hoverbeck, daß dergleichen Uebersichten ungenügend sein würden, erwiderte der Regierungs-Kommissar Mülle, daß die Uebersichten nur die Zahlen der bereits gemachten Ausgaben enthielten, spezielle Nachweise aber erst bei Prüfung der Jahres-Rechnungen behufs der Ertheilung der Decharge gegeben würden. Von der Spezialisirung der Zahlen zum Zwecke der Indemnitätsertheilung sollte auch nach der Meinung des Regierungs-Kommissar Wollny Abstand genommen werden. Abg. Duncker erklärte sich ebenfalls für Ertheilung der Indemnität, wollte aber ein wirkliches Entgegenkommen der Regierung nur in dem Erlaß eines Minister-Verantwortlichkeits-Gesetzes und in der offenen Darlegung der zukünftigen Heeres-Verfassung sehen. Abg. Schmidt (Randow) beantragte Vorlegung des Etats für das Jahr 1868 noch in diesem Jahre, welchen Wunsch der Finanzminister jedoch als unerfüllbar bezeichnete. In Bezug auf die Feststellung des nächsten Etats-Gesetzes vor Eintritt des neuen Etatsjahres erklärte der Finanzminister, daß er dieselbe so eifrig als möglich betreibe, den Termin der Vorlage in diesem Herbst aber noch nicht genau bestimmen könne, weil sich im Augenblick noch nicht die Einwirkung der Annexionen auf unser Budget und der Ueberschuß übersehen lasse, der aus den annektirten Ländern in die preußische Staatskasse abgeführt würde. Bei der Abstimmung wurde das Amendement Hoverbeck verworfen und das des Referenten Twesten mit 18 gegen 15 Stimmen angenommen. In dieser Minorität befanden sich außer den 8 Stimmen, welche für das erstere Amendement abgegeben wurden, auch solche Mitglieder, welche die Nichtertheilung der Indemnität befürchteten, wenn, wie Twesten beantragt hatte, die Anlagen und Uebersichten aus den Jahren 1862—1865 vorgelegt würden. In Betreff des Art. 2 der Vorlage, Bewilligung des Kredits von 154 Millionen für das Jahr 1866, erklärten sich beide Referenten, die Abgeordneten von Hoverbeck und von Köller, in gleicher Weise zustimmend. Zu diesem Artikel brachte der Abg. Virchow zwei Amendements ein: Das erste sollte es ausdrücklich aussprechen, daß die Regierung durch den gewährten Credit nicht ermächtigt sei, neue Stellen in der Civil- und Militärverwaltung zu schaffen. Finanzminister v. d. Heydt war mit dem Inhalt dieser Verwahrung einverstanden, aber nicht mit ihrer Aufnahme in den Gesetzentwurf, weil es selbstverständlich sei, daß mit dem bewilligten Credit nicht definitive Einrichtungen geschaffen werden dürften. Dies erste Amendeaent wurde abgelehnt. Das zweite Amendement des Abg. Virchow, „die Regierung ist verpflichtet, die Nachweisung über die Einnahmen und Ausgaben pro 1866 im Laufe des Jahres 1867 dem Lande vorzulegen," wurde, nachdem der Finanzminister sich mit ihm durchaus einverstanden erklärt hatte, angenommen, und an die Regierungs-Vorlage angeschlossen. Im Laufe dieser Disknssion hatte der Abg. von Kleinsorgen eine Erklärung der Regierung über das Minister-Verantwortlichkeits-Gesetz verlangt. Finanzminister v. d. Heydt: „Wenn meine Erklärungen noch nicht befriedigen, so verzichte ich überhaupt darauf, die Abgeordneten zufrieden zu stellen." Nachdem alsdann der zweite Artikel der Vorlage, betreffend den Credit von 154 Mill., mit dem Zusatzantrage Virchow mit 28 gegen 3 Stimmen angenommen war, wird schließlich der ganze Gesetzentwurf mit den Amendements von Twesten (für Artikel 1) und von Virchow (für Artikel 2) mit 25 gegen 8 Stimmen angenommen. (Wir haben dieses Resultat schon mitgetheilt. D. Red.) — Schluß der Sitzung 9½ Uhr.

Wolfenbüttel, 19. August. In Veranlassung des bekannten Gerüchtes von der in Aussicht stehenden Einsetzung des Kronprinzen von Hannover als braunschweigischer Thronfolger bei dem Hinscheiden des Herzogs von Braunschweig, fand auch hier heute eine zahlreich besuchte Versammlung statt, in der nach lebhafter Debatte schließlich der Antrag fast einstimmig angenommen wurde: eine Adresse an den Herzog zu richten, in der die Befürchtung des Landes wegen der in Aussicht gestellten Thronfolge des bisherigen Kronprinzen von Hannover mitgetheilt werde, außerdem aber die Adresse auch noch, wenn nicht gerade an den König selbst, so doch an die Königliche Regierung in Berlin als Thatsache gelangen zu lassen, um so von der Stimmung des braunschweigischen Landes Kunde zu geben. Zur endgültigen Abfaßung der Adresse wurde ein Comité ernannt, das die Adresse noch im Laufe des heutigen Tages feststellen und dann sowohl in Wolfenbüttel als in den übrigen Städten des Landes in Umlauf setzen wird.

Dresden, 20. August. Mit dem heutigen Tage beginnt ein vollständiger Wechsel der hiesigen preußischen Garnison; die bislang hier gelegene Landwehr (31. und 24. Regiment) kehrt nach Preußen zurück und macht den von Böhmen anrückenden Garden Platz, von denen heute bereits ein Theil des Regiments Königin Elisabeth und des Kaiser-Alexander-Grenadier-Regiments in mehreren Extrazügen eingetroffen sind. Letzteres, eine stattliche und wettergebräunte Elitetruppe, marschirte mit klingendem Spiel, die Helme mit Eichenlaub bekränzt, vom böhmischen Bahnhofe durch die Stadt nach der Neustadt, um daselbst einquartiert zu werden. Dagegen zog heute Mittag ein hier nnd in der Nähe stationirt gewesenes Ulanen-Regiment nach Pirna, um dort Quartier zu beziehen. (D. A. Z.)

Dresden, 21. August. Wie hier verlautet, ist Herr von Friesen, der sich jetzt in Berlin befindet, in Bezug auf die künftige Stellung der sächsischen Armee zum norddeutschen Bundesheerwesen in sehr hochfahrendem Sinne instruirt worden. Man ist auf allen Gebieten der Verwaltnng und Regierung zu Konzessionen und zu Beschränkuugen der Souveränetät geneigt, will aber die Militärfreiheit in einem Grade aufrecht erhalten, daß nur zu deutlich die Absicht durchblickt, dieselbe in geeignetem Falle zu Sonderzwecken zu mißbrauchen. Man glaubt in dieser Beziehung die Ansprüche in dem Verhältniß steigern zu dürfen, als der sächsischen Regierung das Opfer groß erscheint, das sie durch die Entlassung des Herrn von Beust gebracht hat. Selbst das Gesandtschaftsrecht würde man so weit als thunlich fahren lassen, und glaubt gerade in der Verzichtleistung auf die fernere diplomatische Thätigkeit des Herrn von Beust symbolisch die Geneigtheit auszudrücken, keine auswärtige Politik mehr auf eigene Hand zu treiben, wenigstens zu diesem Zwecke kein besonderes Ministerium und keinen ständigen Gesandten zu erhalten. Statt daß die Einbuße von Souveränetätsrechten im Militärwesen in gleichem Verhältnisse stehen sollte, will die sächsische Regierung mindestens keine fremde Einmischung in die Organisation und Leitung ihres Heeres. Welche weiteren Veränderungen in dem höheren Beamtenpersonal der Rücktritt des Herrn von Beust zur Folge haben wird, läßt sich heut noch nicht absehen, doch werden wichtige Veränderungen von der einen Seite ebenso gefürchtet, als von der andern gehofft. Der Leipziger Deputation, welche gestern von Herrn von Wurmb empfangen wurde (bestehend aus den Herren Biedermann, Joseph und Lorenz) konnten auf ihre Beschwerden wegen polizeilicher Chikanen bereits wichtige Andeutungen in Bezug auf Aenderungen höherer Beamtenstellen gemacht werden.

Meiningen, 20. August. Es ist denn endlich auch für die Politik der meiningischen Regierung die entscheidende Wendung ergangen. Mit dem heutigen Tage ist der Staatsminister von

Uttenhoven entlassen und des Herzogs Flügeladjutant v. Buch, Oberst und Kommandeur des hiesigen Regiments, ist zum dirigirenden Staatsminister, Minister des Aeußeren und des herzoglichen Hauses ernannt. Herr v. Buch hat die jüngsten Verhandlungen des Herzogs in Verbindung mit dem Erbprinzen in Berlin geleitet, und ist mit dessen Ernennung die Stellung Meiningens zum norddeutschen Bund wohl nicht mehr fraglich, da die Integrität des Herzogthums noch in zwölfter Stunde gerettet wurde. Die amtliche Bekanntmachung über v. Uttenhovens Entlassung lautet nichts weniger als gnädig, anch ersieht man nicht, daß dieselbe auf Ansuchen erfolgt ist. Uebrigens ist es bekannt, daß der Herzog in seiner Politik sich immer eine gewisse Selbständigkeit gewahrt und dieser öfters seine Minister gewichen sind. So glauben wir auch mit Recht annehmen zu dürfen, daß die Trennung Meiningens von der Politik der übrigen thüringischen Staaten in der entscheidenden Bundestagssitzung vom 14. Juni aus einer höheren Intention als der des Ministers hervorgegangen ist. Ob der neue Minister, der ein recht beliebter Regiments-Kommandeur und vielleicht auch ein guter Diplomat ist, sich als Staatsminister bewähren wird, ist der Erfahrung vorzubehalten. Wir glauben, daß mit demselben nur ein Uebergangsministerium gewonnen werden sollte.

Wiesbaden, 20. August. Heute Morgens begrüßten wir auf dem Ministerial-Palast die schwarz-weiße Fahne. — Die Königliche Botschaft nimmt man hier, abweichend von Kurhessen und Hannover, deren Verhalten recht feierlich ernst aussah, mit lauter Freude auf, denn sie giebt der Bevölkerung seit Jahren den ersten Tag, an welchem sie frei aufzuathmen im Stande ist, und macht ihr Hoffnung auf das Ende der absoluten Büreaukratie und der „lebenslänglichen" Bürgermeister; man hat eine Aussicht auf Entschädigung von der Zukunft für alle die langen, schweren Opfer, welche gebracht werden mußten.

Karlsruhe, 20. August. Die „Karlsr. Ztg." schreibt: „Die Großherzogliche Kriegsverwaltung ist, nachdem der Friedensschluß erfolgt ist, wie man vernimmt, damit beschäftigt, den Dienststand der Großherzoglichen Armee an Mannschaften und Pferden möglichst schnell auf den Friedensfuß zurückzuführen. Schon am Schluß voriger Woche waren 400 Pferde bei Landwirthen eingestellt; es wird dadurch erfahrungsmäßig eine Ersparniß von ca. 1 fl. pro Tag und Pferd erzielt. Auf solche Weise wird es möglich werden, daß der für den Pferdeankauf und die Mobilmachung bewilligte Kredit nicht erschöpft werden dürfte. Man darf hoffen, daß der Ueberschuß bedeutend genug werden wird, um die Großherzogliche Regierung zu einer Vorlage an die Stände, behufs Verwendung desselben zur Herstellung von Hinterladungsgewehren für die gesammte Armee, in den Stand zu setzen."

Wien, 20. August. Die Botschaft wegen Einverleibung Hannovers, Kurhessens, Nassaus und Frankfurts in Preußen war ein schlechtes Angebinde für den Kaiser Franz Joseph. Ungelegener konnte das Telegramm aus Berlin nicht kommen, als am Geburtstage des Kaisers. Jung und voll der kühnsten Hoffnungen, hatte dieser Monarch den Thron seines Oheims bestiegen. Zweimal verwickelte er das Land in Kriege, beidemal geschlagen zurückkehrend. Man kann sich demnach vorstellen, wie ihm zu Muthe sein mußte, als die Annexionsdepesche hier eintraf. In der That spricht man allgemein davon, daß der Kaiser seit der Schlacht bei Königgrätz nicht eine heitere Miene mehr zeigt. Das Unglück der Nordarmee hat auf ihn einen solchen Eindruck gemacht, daß er seither ein ganz anderer Mann geworden ist. Oeffentlich zeigt er sich jetzt äußerst selten, und seit dem 13. v. M. fährt der Kaiser in keinem offenen Wagen mehr. In der Bevölkerung erhält sich noch fortwährend der Glaube, der Kaiser werde abdanken und zwar zu Gunsten des Kaisers von Mexiko. Natürlich ist das Alles bloßes Gerede und zeigt nur, was die Massen wünschen.

Wien, 20. August. Nächster Tage wird in Berlin eine österreichische Invasion eintreffen, die von der größten Majorität aller Preußen mit Jubel empfangen werden dürfte. Es ist eine stattliche Reihe von Waggons, in deren Innerm, wohlverwahrt in Fäßchen, zwanzig Millionen Stück Reichsthaler sich befinden; die baare Entschädigung, welche Oesterreich für die Kosten des letzten Krieges an Preußen zu erstatten hat. Dieser moderne Nibelungenschatz ist von nicht weniger als 22 Beamten und Dienern und einer verhältnißmäßigen militärischen Eskorte geleitet, gestern Abend mittelst Separatzug der Nordbahn von hier abgegangen, um über Prag und Bodenbach nach Berlin geschafft zu werden. Wie viele Seufzer den kleinen glänzenden Flüchtlingen auch nachgesandt werden, die bisher in den Bankkellern eine so ruhige Existenz geführt haben, so wirkt doch der Gedanke tröstlich, daß der Friede nicht mehr ferne sein könne, wenn die Kriegskosten bereits auf dem Wege nach der Hauptstadt des glücklichen Siegers sind.

Prag, 20. August. Die „Boh." meldet: Se. K. H. der Prinz Friedrich Karl von Preußen ist gestern aus dem Gräflich Waldstein'schen Palais in den Fürstlich Kinsky'schen Garten am Smichow übergesiedelt. — Gestern früh gegen 7 Uhr ist der größte Theil der preußischen 1. Garde-Division (General-Lieutenant von Alvensleben) von hier in der Richtung gegen Teplitz abmarschirt. Die Garde-Kavallerie-Regimenter dieser Division sind vorläufig noch in Prag geblieben. Im Laufe des Vormittags traf die 2. Garde-Division (Kommandeur General-Lieutenant v. Plonski) hier ein. (Ein Theil der letzteren, die 3. Brigade, befindet sich bereits in Dresden.)

Ausland.

Paris, 20. August. Der Kaiser ist gestern auf dem Rückwege von dem Besuch, den er der Kaiserin von Mexiko machte, von einem Hagelwetter überfallen worden; da er im offenen Wagen saß, nahm er freundlich einen Regenschirm an, welchen ihm ein Spaziergänger anbot. Mit der Gesundheit des Kaisers muß es viel besser gehen, denn er arbeitete heute Morgen mehrere Stunden mit dem Minister Drouyn de Lhuys, den er seit mehreren Tagen nicht empfangen konnte. In den Hoffreisen spricht man davon, daß sich der Kaiser im nächsten Monat nach Biarritz begeben werde und das Gerücht fügt sir fertig hinzu, daß er daselbst eine Zusammenkunft mit dem Grafen v. Bismarck verabredet habe. Um auf die Kaiserin Charlotte zurückzukommen, so nennen die Pariser den Besuch des Kaisers im Grand-Hotel einen „Beileidsbesuch"; denn es steht wohl fest, daß die Kaiserin hier nichts für Mexiko erreicht hat, weder Geld, noch Soldaten, sondern nur das Versprechen einer ziemlich aussichtslosen Verwendung bei dem Kabinet zu Washington. Unter diesen Umständen glaubt man, daß die Kaiserin Charlotte nicht nach Mexiko zurückkehren, sondern die Rückkehr auch ihres Gemahls in Europa erwarten werde. Doch wird dieselbe sich nicht nach Miramare, sondern nach Rom begeben, weil der Kaiser Max immer noch auf gespanntem Fuß mit der K. österreichischen Familie steht. So sagt man wenigstens.

— Nach dem „Abend-Moniteur" würde der Kronprinz von Preußen sich nächstens als Vice-König nach Hannover begeben und dann auch nach Kurhessen gehen, um die Organisation der preußischen Verwaltung in diesem Lande zu leiten.

London, 20. August. Auf der italienischen Flotte scheint in der Schlacht von Lissa in mehr als einer Hinsicht große Konfusion geherrscht zu haben. So versicherten die österreichischen Offiziere einem Korrespondenten der „Times", der „Re d'Italia" habe mehrere Breitseiten blindgeladen gegeben; die Hauptsache, die Kugeln hätten gefehlt. Man scheint bei dem Bombardement der Forts von Lissa zu viel verbraucht zu haben.

Spanien. Die spanische Regierung scheint sich Angesichts ihres Krieges mit Chile und dessen Alliirten über die Haltung der nordamerikanischen Regierung zu beunruhigen, denn ein ministerielles Madrider Journal, die „Reforma", sagt, die Aufhebung der Gesetze der Neutralität in den Vereinigten Staaten verpflichte Europa, seine Wachsamkeit zu verdoppeln und so den Mangel an Garantie zu ersetzen, den es auf dieser Seite finde. Wir wollen nicht erörtern, welche Wirkung das Blatt sich von seiner Aufforderung verspricht und nur berichtigend bemerken, daß die Aufforderung den Thatsachen vorausgelaufen ist, da die Bill über die Abschaffung der Neutralitätsgesetze allerdings im Abgeordnetenhause des Kongresses angenommen worden, die Diskussion des Gesetzes aber in dem Senate durch die Vertagung des Kongresses noch nicht begonnen hat.

Valentia, 21. August. Die, wie gestern gemeldet, unterbrochen gewesene Telegraphenleitung auf dem amerikanischen Festlande ist wieder hergestellt.

Newyork, 18. August. Der Präsident Johnson ignorirt die Blokade von Matamoras. — Die Gesundheit Jefferson Davis in raschem Abnehmen.

— 20. August. Zwei Kanonenboote sind nach Rio Grande geschickt worden.

Pommern.

Stettin, 23. August. An der hiesigen Börse liegt folgende Benachrichtigung auf:

In Großbritannien und in Dänemark ist wiederholt die Erfahrung gemacht worden, daß die zur Rettung Schiffbrüchiger an den Küsten vorhandenen Mörser- und Raketen-Apparate ihren Zweck deshalb verfehlen, weil die Bemannung des in Noth gerathenen Schiffes mit dem Gebrauche der Leine und Geräthschaften nicht bekannt ist. Diese Wahrnehmung hat die britische Regierung veranlaßt, die Benutzung dieser Apparate zu einem Gegenstande der Schiffer- und Steuermanns-Prüfungen zu machen.

Ich habe bereits im verflossenen Jahre angeordnet, daß in den Navigationsschulen über den Gegenstand Belehrung ertheilt werde. Ich bestimme nunmehr nach dem Antrage des Königl. Navigations-Schul-Direktors, auf Grund der §§. 45 und 46 der Allgemeinen Gew.-Ord. vom 17. Janur 1845, daß die Benutzung der Rettungs-Apparate denjenigen Gegenständen hinzutreten, über welche Schiffer und Steuerleute zu prüfen sinq, und daß demgemäß am Schlusse des §. 5 der Instruktion über die Befugnisse und die Prüfung der Seesteuerleute, Seeschiffer und Seelootsen vom 1. Februar 1862 hinzugfügt werde:

* 28. Benutzung der Rettungs-Apparate bei Strandungen und anderen Seeunfällen.

Die Königliche Regierung hat diese Bestimmung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 9. August 1866.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

gez. Itzenplitz.

— Zu der heute fortgesetzten Auktion der Pferde der hier errichteten Ausfall-Batterien hatten sich wieder sehr viele Kauflustige eingefunden. Der Durchschnittspreis stellte sich auf etwa 150 Thaler, der höchste Preis war 258 Thaler und der niedrigste 60 Thaler.

— Von gestern bis heute sind an der Cholera nur noch vom Civil im 1. Polizei-Revier erkrankt 1, gestorben 1; vom Militär erkrankt 2, gestorben keiner.

— In der vergangenen Nacht fragte der 17jährige Bursche Ludwig Laplace von hier einen ihm auf der Lastadie begegnenden Mann, wie viel Uhr es sei, entriß diesem dann aber die Uhr und entsprang. Auf den Ruf: „Dieb, Dieb" wurde indessen der L. von dem Nachtwächter ergriffen und zur Haft gebracht. Die Uhr hatte der Dieb, als er verfolgt wurde, fortgeworfen, sie ist aber wieder aufgefuuden.

— Von dem Königlichen Polizei-Präsidio zu Königsberg werden demjenigen 500 Thaler Belohnung zugesichert, welcher die Diebe der aus der bischöflichen Kompetenzkasse im Dom zu Frauenburg gestohlenen 9800 Thlr. (nicht 7400 Thlr.) so nachweist, daß die Wiederherbeischaffung dieses Geldes möglich wird.

* **Alt-Damm**, 22. August. Die musikalische Vesper in der hiesigen St. Marienkirche am 19. d. Mts., hat für die verwundeten Krieger einen Ertrag von 37 Thlr. 10 Sgr. ergeben. Dem Herrn Dirigenten Oestereich, wie auch den Herren und Damen, welche so bereitwillig uns Dammern eine solche Unterhaltung, dann aber auch den in Noth Gerathenen eine so freundliche Unterstützung bereiteten, sagen wir unsern herzlichsten Dank. Chöre und Solos wurden mit Sicherheit und Verständniß ausgeführt. No. 5 des Programms, Toccata und Fuge in Dmoll von Seb. Bach, wurde von dem Herrn Dirigenten Oestereich trotz seiner technischen Schwierigkeiten ebenso korrekt als mit Leichtigkeit vorgetragen und bereitete allen einen herrlichen Genuß. Noch lange werden wir uns an diesen genußreichen Abend erinnern.

Stargard, 22. August. Hr. Ober-Bürgermeister Delsa ist heute Mittag nach Kosten behufs Uebernahme des dortigen Landrathsamtes abgereist.

— Wie wir hören, hat der Ausschuß der hiesigen Schützengilde in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, anstatt des zu Pfingsten ausgefallenen Schützenfestes das Friedensfest in großartiger Weise zu feiern. Es sind dazu die Tage vom 5. bis 8. September bestimmt. Der erste Festtag soll durch Antreten der Schützen auf dem Markte und Abbringen der Gewehre nach dem Rathhause, sodann unter Vorantritt der Spitzen des Magistrats und der übrigen Behörden nach der Marienkirche marschirt werden, in welcher ein Gottesdienst stattfinden soll; nach demselben begiebt sich der Zug nach dem Schützenplatze, wo an diesem Tage das Abschießen des Vogels und am nächstfolgenden das Königsschießen stattfindet. Es wird außerdem beabsichtigt, Einladungen dazu an die Herren Gutsbesitzer, sowie an sämmtliche hiesige Königl. Beamte zur Theilnahme an diesem Feste ergehen zu lassen. Die Angelegenheit soll einer in den nächsten Tagen anzuberaumenden Generalversammlung unterbreitet werden.

— Die von Neuem angeordnete Nachmusterung der Ersatz-Reserven aus den Jahren 1835 bis 1843 hat vorläufig keinen anderen Zweck, als nur überhaupt die Frage der Diensttauglichkeit der einzelnen Leute für einen künftig etwa eintretenden Fall des Bedarfs festzustellen. Von einem Eintritt der als tauglich Erachteten in die Armee, sowie von einer Ueberweisung derselben an einen bestimmten Truppentheil ist bis jetzt ebenso wenig die Rede, als eine Bestimmung über die Dauer der Dienstzeit getroffen ist.

Neueste Nachrichten.

Wien, 22. August. (Ueber Paris gekommen.) Das „Vaterland" veröffentlicht einen Brief aus Pesth, welcher sagt, daß die Regierung sofort nach Unterzeichnung des Friedens ein verantwortliches Ministerium für Ungarn ernennen würde. Baron Sennyey würde in diesem Kabinet, welches, wie verlautet, von hochkonservativem Charakter sein wird, einen hervorragenden Platz einnehmen. Der ungarische Landtag würde von diesem Ministerium Ende September wieder eröffnet werden.

Paris, 22. August, Abends. Der Kaiser präsidirte heute einem Ministerrathe in St. Cloud. Die Kaiserin Eugenie machte der Kaiserin Charlotte im Laufe des Tages einen Besuch. Die Letztere wird, wie versichert wird, morgen nach Miramare abreisen. Die „Patrie" erklärt, bei Berichtigung mehrerer Zeitungsgerüchte, daß der Kaiser Napoleon Venetien direkt an Italien abtreten wird. Demselben Blatte zufolge ist Mazzini in Lugano eingetroffen. — Nachrichten aus Athen vom 18. d. melden: Die Insurgenten in Candia, 25,000 an Zahl, haben wichtige Positionen in Besitz. Die Erbitterung gegen die Türken, welche nicht genügende Kräfte zu haben scheinen, um die Empörung niederzudrücken, hat den höchsten Grad erreicht.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Berlin, 23. August. Abgeordnetenhaus. In der gestrigen Sitzung der Kommission für die Annexions-Vorlage war Herr von Bismarck anwesend. Kirchmann, Graf Schwerin und Bockum-Dolffs stellten Amendements, welche bezweckten, die Personal-Union in eine sofortige Real-Union zu verwandeln. Graf Bismarck legte die Gründe des Regierungs-Verfahrens dar, änßerte sich aber zustimmend zu den Amendements, und versprach, mit dem Staatsministerium über die Kommissionsvorschläge in Berathung zu treten. Nächste Sitzung unbestimmt.

Was die Adresse betrifft, so ist durch Vermittelung des Präsidenten v. Forckenbeck ein neuer Adreßentwurf zu Stande gekommen, worin theils Weglassungen, theils Aufnahme eines Passus aus dem Entwurf der Altliberalen, theils neue Zusätze. Derselbe hat in der heutigen Plenarsitzung Aussicht auf Annahme. Die Kommission hat versprochen, ihren Entwurf zurückzuziehen, und alle Fraktionen (ausgenommen die Katholiken und Polen) ohne Debatte dafür zu stimmen.

Prag, 22. August. Bis zum 15. September soll die gänzliche Räumung Böhmens von den preußischen Truppen erfolgen. Der Bau der Eisenbahn von Wildenschwert über Schwadowitz nach Glatz soll späteren Vereinbarungen vorbehalten bleiben.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 22. August, Vormittags. Angekommene Schiffe: Die Ernte (SD), Schultz von Königsberg. Wind: O. 1 Schiff in Sicht. Strom ausgehend. Revier 14½ F. — Nachmittags: Concordia, Orts von Antwerpen; Vineta (SD), Heydemann von Königsberg; Colberg (SD), Streck von Danzig. Revier 14½ F. Wind: NO. Strom eingehend. 1 Schiff in Sicht.

Börsen-Berichte.

Stettin, 23. August. Witterung: trübe. Temperatur: + 16° R. Wind: NO.

Weizen etwas höher bezahlt, loco pr. 85pfd. gelber neuer 66—68 Rt., alter 67—70 Rt. bez., mit Auswuchs 54—62 Rt. bez., 83—85pfd. gelber August 69½, 70 Rt. bez., August-September 69 Rt. bez. u. Gd., September-Oktober 68¼, ½, ¾, ½ Rt. bez. u. Gd., Oktober-November 67¾ Rt. bez. u. Br., 67½ Rt. Gd., Frühjahr 67¼, 67 Rt. bez., 67¼ Rt. Br.

Roggen etwas fester, pr. 2000 Pfd. loco 43, 44 Rt. bez., August, August-September und September-Oktober 43¾, 44 Rt. bez. u. Br., 43¾ Rt. Gd., Oktober-November 43¾ Rt. Br., 43½ Rt. Gd., Frühj. 44 Rt. Br. u. Gd., Mai-Juni 44¼ Rt. Gd.

Gerste loco pr. 70pfd. neue schlesische 40—42 Rt. bez., Conn. in Lieferzeit 39 Rt. bez., Oderbruch 39—41 Rt. bez.

Hafer loco pr. 50pfd. 24—26 Rt. bez., 47—50pfd. Frühj. 26 Rt. bez.

Erbsen, Futter-, Frühjahr 50 Rt. bez. u. Br.

Rüböl matter, loco 12⅙ Rt. Br., September-Oktober 11⅚, 19/24 Rt. bez. u. Gd., 11⅚ Br., Oktober-November 11⅚ Gd., November-Dezember 12 Rt. Br.

Spiritus etwas fester, loco ohne Faß 14 5/12, ⅓ Rt. bez, August-September und September-Oktober 13¾ Rt. bez., Oktober-November 13⅔ Rt. Br., Frühjahr 14½ Rt. Br.

Angemeldet: 10,000 Qrt. Spiritus.

Hamburg, 22. August. Getreidemarkt still, Localgetreide flau. Weizen auf Termine weichend, per September-Oktober 5400 Pfd. netto 117 Bankothaler Br., 116 Gd, pr. Oktober-November 117 Br., 116 Gd. Roggen pr. August-September 5000 Pfd. Brutto 73 Br., 72½ Gd., pr. September-Oktober 73½ Br., 73 Gd. Oel pr. August 26, pr. Oktober 26¼, geschäftslos. Kaffee ruhig, doch fest. Zink 13⅜ gefordert. — Wetter sehr schön.

Amsterdam, 22. August. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen stille. Roggen in loco preishaltend, Termine unverändert, pr. Oktober 170, 169. Rüböl pr. Oktober 40½.

Beim Schluß des Blattes war unsere Berliner Depesche noch nicht eingetroffen.